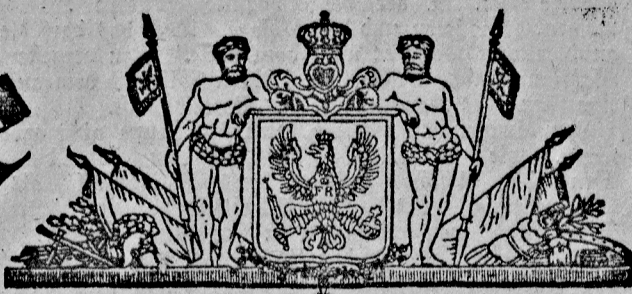


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn-, Festtags u. Montags nur einmal. Jeden Sonntag die illustr. Beilage „Zeitbilder“. Sonst. Beilagen u. Rubriken: Finanz- u. Handelsblatt, Umschau in Technik u. Wirtschaft, Für Reise u. Wanderung, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin u. Umgegend monatl. 15 Mark, durch eigene Boten tägl. frei ins Haus; durch die Post 14 Mark (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 3 Mark u. 66 $\frac{2}{3}$ % Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichk. für Aufnahme in eine bestimmte Nr. Annahme l. Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, u. i. all. Geschäftsstell. d. Verlagses.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin Unverl. Manusk. werd. nur zurückges., wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 299 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin

Wahlpflicht.

In den letzten Wochen sind in der „Vossischen Zeitung“ vielfach die Stimmungen zum Ausdruck gekommen, die es vielen ersten Menschen schwer machen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Früher waren solche Zweifel seltener. Die Autorität der Parteien war damals größer und die Anhänglichkeit lebenslanglich und erblich. Vielleicht liegt aber gerade in der kritischen Zurückhaltung gegenüber allen Parteien, die sich vielfach geltend macht, der verheißungsvolle Anfang einer aktiven Beschäftigung mit der Politik und damit eine Gesundung des Parteiwesens von unten und innen.

Dieser Prozeß erfordert Zeit. Und heute sind die Wahlen, deren Ausgang vielleicht auf Jahrzehnte die deutsche Geschichte bestimmt. Niemand, der auf eine Erneuerung hofft, hat das Recht, weil so vieles noch vom alten Geist und der alten Schablone mächtig ist, beiseite zu stehen. Das Leipziger Organ der unabhängigen Partei schreibt über drei Spalten seiner letzten Nummer vor der Wahl: „Wahlenthaltung ist gleich Streitbruch!“ Das stärkste Wort der Arbeitersprache!

Die Energie der Empfindung, die darin zum Ausdruck kommt, ist gesund. Man steht nicht beiseite, wenn man auch nur den kleinsten Schimmer von Hoffnung hat, durch Zugreifen helfen zu können. Eine politische Klugheit, die zur Wahlenthaltung führt, steht kaum höher als der Geist der Leute auf der äußersten Linken, die vor lauter Radikalismus heute auf ein Recht verzichten, für dessen Erlangung sie noch vor wenigen Jahren Barrikaden errichten wollten.

Gewählt wird heute in den Stunden von 8 bis 6 Uhr. Viel Häßliches ist in den letzten Wochen geredet und geschrieben worden. Es hat allerhand Zusammenstöße gegeben, und die politische Verhegung hat einen Grad erreicht, der kaum mehr zu steigern war.

Das ist nun vorbei. Der Wahlkampf ist abgeschlossen. Und es ist Zeit, an die gemeinsame Arbeit zu denken, die nun beginnen soll. Trotz aller Erregung und Erhitzung sind bis jetzt ernste Störungen nirgends vorgekommen und es ist zu hoffen, daß auch der Wahlakt sich in Ruhe und Ordnung vollziehen wird. Es ist ein Sonntag. Die Bedenken, die früher gegen die Anberaumung eines profanen Altes an diesem Tag der religiösen Weihe geäußert wurden, sind neuerdings verstummt. Und in der Tat könnte der Gedanke erhebend wirken, daß heute im ganzen Reiche, das so zerissen und zerspalten, so hoffnungslos in Feindseligkeiten verstrickt scheint, unübersehbare Menschenmassen sich zu einem Werk zusammenfinden, bei dem jeder nach seiner Art das Allgemeine zu fördern hofft.

In diesem Gemeingeist, der sich allen Gewalten und aller Gewalt zum Trotz durchsetzt, bekundet sich die heilende, lösende und bindende Kraft der Demokratie. Auf ihr beruht die Hoffnung, daß sich in der gemeinsamen Not der Willen zum gemeinsamen Leben und Schaffen steigert durchsehen wird.

Den guten Anfang aber mache die heutige Wahl!

Ende des Richterstreiks.

Drahtmeldung.

Berlin, 5. Juni. (W. Z. B.)

Der „Oberschlesischen Zeitung“ zufolge nehmen die ober-schlesischen Gerichte am Montag ihre Tätigkeit wieder auf.

Auffstand in Albanien.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

v Belgrad, 5. Juni.

Aus Podgoriza wird gemeldet: Vor drei Tagen ist in ganz Albanien ein Aufstand ausgebrochen, dessen Ziel es ist, die albanische Nationalversammlung in Tirana, die von Italienern unterstützt wird, zu stürzen. Bei Alessio wurde ein italienisches Bataillon von den Aufständischen aufgewiesen. Zwei italienische Einheiten bombardierten darauf die Stadt Alessio.

Wie ferner aus Skutari gemeldet wird, nimmt der Aufstand gegen die albanische Regierung in Tirana täglich an Umfang zu. Die Aufständischen griffen italienische Truppen, die man aus Skutari zu Hilfe sandte, bei Dusati an, wobei auf italienischer Seite zahlreiche Soldaten und ein Major fielen. Bei Tepeleni griffen sie die Italiener an, die sie mit Geschützfeuer empfangen, worauf sich die Albanier zurückziehen mußten. Ein abermaliger Angriff der Albanier gegen Tepeleni war jedoch erfolgreich. Die

Italiener wurden aus der Stadt vertrieben. Die Städte Premeti und Broza wurden ebenfalls genommen. Jetzt befinden sich die Aufständischen vor Valona, wohin sich die italienischen Truppen zurückgezogen haben. Die Umgebung von Valona wird von den Italienern mit Stacheldraht und Drahtrechen zur Verteidigung vorbereitet.

Das Obdach des Reichswirtschaftsrats

Noch immer keine Einigung erzielt.

Wie wir hören, hat gestern eine Aussprache unter den in Frage kommenden Ressortministern über die zukünftige Behausung des Reichswirtschaftsrates stattgefunden. Auch diese Aussprache ist jedoch resultatlos verlaufen. Es war, wie bereits mitgeteilt, beachtenswert, die Geschäftsräume des preussischen Wohlfahrts-Ministeriums, die bisher im Herrenhaus untergebracht waren, in das benachbarte Haus des ehemaligen preussischen Kriegsministeriums zu verlegen, um das Herrenhaus mit seinem großen Plenarsitzungsraum für den Reichswirtschaftsrat freizumachen. Nachdem der preussische Wohlfahrtsminister grundsätzlich keine Zustimmung zu der Uebersiedelung gegeben hatte, scheiterte die Einigung schließlich daran, daß der Reichswehrminister, der mit einem Teil seiner Referenten erschienen war, erklärte, er sei nicht in der Lage, genügend Räume abzugeben. Es soll nun am Montag in einer Sitzung des Reichskabinetts ein Beschluß herbeigeführt werden.

Man weiß nicht, ob man diesen Kampf um die Wohnräume des Reichswirtschaftsrates einen politischen Skandal oder eine politische Burleske nennen soll. Die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands spizen sich von Tag zu Tag bedenklicher zu und angesichts dieser Situation ist es nicht möglich, dem nun endlich geschaffenen Reichswirtschaftsrat ein Heim mit einem Sitzungsraum einzurichten, der ohne weitere Zeitverzögerung und Geldvergeudung durch Umbauten sofort gestattet, seine Beratungen aufzunehmen. Es war beabsichtigt, den Reichswirtschaftsrat schon zum 18. Juni einzuberufen. Diese Einberufung ist jetzt dadurch, daß die Minister wochenlang über die Wohnung des Reichswirtschaftsrates konferieren, unmöglich geworden. Wird diesem Spiel, das in seiner verzögernden Wirkung für die inneren Zustände Deutschlands leicht tragischer Ernst werden kann, nun endlich ein Ende gemacht werden?

Dr. Goff über seine japanische Mission.

Dr. Goff, der, wie wir gestern berichteten, sich am Dienstag mit dem Reichswirtschaftsrat Giesel von Hamburg aus an Bord der „Mantai Maru“ auf seinen Posten nach Tokio begibt, hat sich vor seiner Abreise aus Berlin zum O. T. Sch. Mitarbeiter über die Aufgaben, die ihn in Tokio erwarten, folgendermaßen ausgesprochen:

„Ich gehe in ein Land, dessen Volk mit um so größerem Vertrauen und größerer Sicherheit der Zukunft entgegen sieht, als Japan innerhalb der führenden Weltmächte durch den Krieg sehr gestärkt worden ist, während das heutige Deutschland noch sehr viele Gefahren, die als Folge des Krieges drohen, wird überwinden müssen. Was aber noch schlimmer ist als die große Unsicherheit in unserem Lande, das ist der Umstand, daß die Ereignisse des letzten Jahres leider das Vertrauen der fremden Nationen zu Deutschland durchaus zerstört haben.

Und deshalb meine ich, daß die Hauptaufgabe — die vor mir liegt — darin bestehen muß, dieses verlorene Vertrauen wieder herstellen zu helfen. Ich bin nicht der Ansicht, daß ich in Japan nur für die deutschen wirtschaftlichen Interessen einzutreten habe, und seien diese Interessen auch noch so wichtig. Ich bin im Gegenteil der festen Ueberzeugung, daß es auch meine Pflicht sein wird, die geistigen Bande, die zwischen zwei intellektuell so hochstehenden Völkern, wie Japan und Deutschland es sind, nach Möglichkeit zu pflegen. Trotzdem Japan der westlichen Zivilisation sehr viele Dinge entlehnt hat, ist es doch nicht unter die Herrschaft dieser Zivilisation gekommen. Und darin dürfte Japan als einziges Land dastehen; als Land, das mit vielen Zeichen von Erfolg versucht hat, aus alten Traditionen einerseits und den Forderungen der Neuzeit andererseits eine neue, eigene, japanische Kultur zu schaffen.

Schon in der Vergangenheit haben wir uns japanische Erfahrungen zunutze gemacht. Und wir haben allen Grund, auch in der Zukunft den japanischen Bestrebungen mit größter Aufmerksamkeit zu folgen und sie unsererseits mit unseren Erfahrungen auf jede Art und Weise zu unterstützen.

Weisheit, nicht Harnisch.

Von
Georg Bernhards.

In deutschnationalen Wahlreden und deutschnationalen Zeitungsartikeln ist erneut die Behauptung aufgestellt worden, daß die „conditions de la paix“, die in Versailles den deutschen Friedensdelegierten vorgelegt wurden, von der Entente als Vorschläge zum Abhandeln gemeint gewesen seien, und man habe sich in Entente-Kreisen sehr gewundert, daß Deutschland diese Bedingungen ohne weiteres angenommen habe. Die Redner und Journalisten, die mit dieser Behauptung den deutschen Friedensunterhändlern und damit auch den jetzigen Regierungsparteien ein auszuweichen trachten, berufen sich zum Beweis für ihre Behauptungen auf die Veröffentlichungen Tardieu's und anderer französischer Politiker. Auch Reynes soll ähnliches gesagt haben. Wer aber deren Publikationen genauer liest, weiß, daß in Wahrheit von diesen Eingeweihten der Versailler Konferenzen nichts derart geschrieben worden ist. Es ist daher sachlich durchaus richtig, wenn die jetzige Regierung sich gegen solche Behauptungen in mehr oder weniger amtlichen Kundgebungen zur Wehr setzt. Aber ist es nötig, das mit so großer Entrüstung zu tun? Muß wirklich jeder, der ähnliches über die Versailler Verhandlungen sagt, beweist die Wahrheit zu Wahlsweiden fälschen? Gerade in diesem Punkt sollte man mit dem Vorwurf der Fälschung und des bösen Glaubens sehr vorsichtig sein. Denn was jetzt von deutschnationaler Seite behauptet und auch wohl früher schon geglaubt worden ist, ist keineswegs deutschnationales Meinungsäußerung. Auch demokratische und sozialdemokratische Kreise haben zur Zeit der brennenden Entscheidung über den Versailler Frieden genau das gleiche geglaubt. Einzelne demokratische Publizisten haben damals das Märchen für ein Dogma gehalten: es bestünde bereits ein zweiter Vertragsentwurf, der sofort, wenn Deutschland sich zu unterschreiben weigere, aus der Tasche der Unterhändler der Entente hervorgezogen werde. Es scheint sogar, daß eine solche Version vom Grafen Brodorski-Rantau selbst verbreitet worden ist und daß einzelne Persönlichkeiten, die in besonders enger Fühlung zum deutschen Außenminister standen, ihre ganze journalistische Propaganda gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages allein auf dieser gräßlichen Hoffnung aufgebaut haben. Dadurch, daß die Demokraten hinterher wieder ins Kabinett eintraten und infolgedessen jetzt nicht der eigenen Regierung ihr Verhalten in Versailles zum Vorwurf machen können, rechtfertigt es sich noch nicht, nun den politischen Gegner, der in diesem Punkt einst Genosse des eigenen Glaubens gewesen ist, der Fälschung zu verdächtigen.

Um einen Freglauben hat es sich hier immer gehandelt, denn tatsächlich hat ein solches Ersatzdokument für den harten Friedensentwurf niemals existiert. Das Dokument des Versailler Vertrages war, als es zur Vorlage gelangte, unänderlich. Die Fehler der Versailler Verhandlungen lagen früher, und die — eben so viel wie falsch zitierten — Veröffentlichungen Tardieu's nehmen auf jene frühere Zeit Bezug. Auf sie weist auch ein Artikel des „Temps“ vom 4. Juni hin, der bei einer Besprechung der deutschen Wahlkampagne schreibt: „Wenn die deutsche Diplomatie seit dem Waffenstillstande besser geführt worden wäre, wenn man sie nicht dem Grafen Brodorski-Rantau und seinem Untergebenen, Herrn v. Bersner, anvertraut hätte, so wäre die gegenwärtige Regierung ihrem Lande gegenüber in einer vorteilhafteren Lage“. . . . Worauf es in Versailles ankam, waren nämlich: Form und Inhalt des Vertragsentwurfes zu der Zeit zu beeinflussen, als sich um seine Festlegung noch die Mitglieder der Entente stritten. Damals war der Marschall Foch — wie in San Remo der französische Ministerpräsident Millerand selbst zugegeben hat — noch gegen die Entwaffnung Deutschlands, weil er gegen die englische Idee eines deutschen Soldatenheeres aus Furcht vor der nachfolgenden französischen wirtschaftliche Garantien für ihren Wiederaufbau seitens Deutschlands und wollten dafür den Deutschen hinsichtlich der Handelsflotte und der Kolonien Erleichterungen gewähren; damals suchten die Franzosen mit Einverständnis Clemenceaus Verbindungen mit dem deutschen Unterhändler. Damals aber verhandelte Graf Brodorski-Rantau in Köln mit den Engländern und ließ sich trotz französischer Warnungen in seiner Haltung bei der feierlichen Eröffnungssitzung der Friedenskonferenz von einem amerikanischen Obersten beeinflussen, der hinterher selbst eingestehen mußte, sich in seinen Informationen geirrt zu haben. Damals war auch noch die Möglichkeit gegeben, in der Auslieferungsfrage Konzessionen zu erhalten. Alle diese Chancen wurden damals nicht wahrgenommen und so hat man schließlich jenen Friedensvertragsentwurf heraufbeschworen, der nur noch zu unterschreiben oder abzulehnen war.

Über die Folgen, die damals die Verweigerung der Unterschrift gehabt hätte, sollte heute eigentlich ein Zweifel gar nicht mehr möglich sein. Die letzte Entscheidung gaben die süddeutschen Ministerpräsidenten, die am kritischen Tage wahrheits-